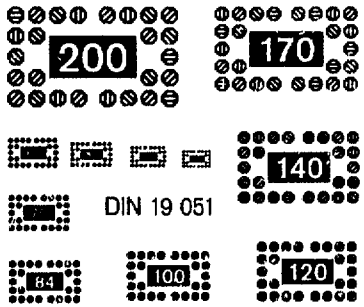


Aktionsprogramm

2201

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

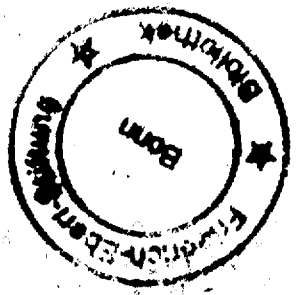
Landesverband Groß-Berlin

De

A 98 - 04384

Beschlossen auf dem Landesparteitag
am 18. August 1946

Unter Berücksichtigung der nach dem Parteitag gemäß dem dort gefaßten Beschluß von der Programm-Kommission nachträglich vorgenommenen Änderungen.



A 98 - 04384

Deutschland steht heute in einer Existenzkrise, Europa in einer Kulturkrise, die Welt vor einer entscheidenden Wende. Dabei lebt das deutsche Volk, nach einem sinnlos begonnenen Krieg besiegt und in vier Besatzungszonen zerrissen, inmitten eines Kraftfeldes, in dem die Interessen der Weltmächte einander widerstreiten. Aus dieser Existenzkrise gibt es weder einen östlichen noch einen westlichen Ausweg, sondern es muß eine deutsche Lösung gefunden werden. Es kommt darauf an, alle Kräfte zu entfalten, die im deutschen Volk einen neuen Willen zur Gestaltung seiner Zukunft und zur Mitarbeit an einem friedlich verbundenen Europa erwecken.

Nachdem das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine tragenden Kräfte sich als unfähig erwiesen haben, die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Menschen auf friedliche Weise zu gestalten, sind heute sozialistische Ordnung und demokratische Freiheit die einzige Hoffnung des an materiellen und kulturellen Gütern unsäglich arm gewordenen deutschen Volkes. Die Sozialdemokratie trägt das Bekenntnis zum Sozialismus und zur Demokratie in ihrem Namen. Sie hat ihm in ihrer achtzigjährigen Geschichte, die reich an Leistungen, wenn auch nicht frei von Fehlern war, unverändert die Treue bewahrt. Die Sozialdemokratie sieht auch heute keinen Anlaß, von den großen und bleibenden Erkenntnissen der von Marx und Engels entwickelten Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse abzugehen. Die unsterblichen Ideen der großen Sozialisten des 19. Jahrhunderts sind nach wie vor das politische Fundament der Sozialdemokratischen Partei. Sie stellt aber den lebendigen

Geist über den toten Buchstaben und glaubt, daß der veränderten Welt des 20. Jahrhunderts die Verpflichtung zu neuen Schlußfolgerungen erwächst. Um so entschlossener kämpft sie heute für die Verwirklichung der von Marx und Engels entwickelten Grundforderungen: Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Beseitigung jeder Klassenherrschaft.

Die Sozialdemokratie ist eine Arbeiterpartei. Aber mit den Wandlungen der Wirtschaft haben sich auch die früheren Klassengrenzen verschoben. Die Sozialdemokratie heute ist daher zur Partei all derer geworden, die von der chaotischen Entwicklung des Kapitalismus betroffen und ins Elend gestoßen worden sind, aber auch die Partei all derer, die die Machtpolitik eines zentralistischen Staats- und Parteiapparates ablehnen. Darüber hinaus steht sie allen Kräften offen, die, vom sozialistischen Fühlen und Wollen geleitet, nach Wegen suchen, um eine neue gesellschaftliche Ordnung mitzugestalten. Sie wendet sich hierbei ganz besonders an die Frauen, für deren ungeschmälerte politische und gesellschaftliche Rechte sie von jeher als entschlossenste Vorkämpferin eingetreten ist. Sie wendet sich schließlich nachdrücklich an alle jungen Menschen, die der Nationalsozialismus als Werdende systematisch um ein freies und weites Weltbild betrog.

Die Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins betrachtet sich als Glied der großen deutschen Sozialdemokratie. Aber die besonderen Verhältnisse des Stadtstaates Berlin als fünfter Zone erfordern eine besondere Organisation. Die widernatürliche Einschmelzung der SPD in der Berlin umklammernden sowjetischen Zone gibt der Berliner Sozialdemokratie als Vorposten und Symbol eine erhebliche Bedeutung. Aus dieser Sonderstellung erwächst ihr die Verpflichtung, aus den Grundlagen ihrer Weltanschauung neue Konsequenzen zu ziehen. Die Berliner Sozialdemokraten, die mit ihrer Selbstbehauptung bereits den

Kampf um die Freiheit aufgenommen haben, sind entschlossen, diesen Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus weiterzuführen. Ihre Arbeit wird von folgenden Grundsätzen bestimmt:

A. Sozialismus eine Gegenwartsaufgabe

Sozialismus ist heute kein Problem von theoretischen Erörterungen mehr, sondern eine Lebensaufgabe des deutschen Volkes. Die Forderungen, die ihm von den Besatzungsmächten auferlegt worden sind, lassen sich nur durch Planwirtschaft erreichen. Niemand kann es verantworten, heute die Verteilung der wenigen Rohstoffe dem freien Spiel der Kräfte zu überlassen. Die durch Bombenschäden und Demontagen aus den Fugen geratene deutsche Wirtschaft kann ihr Gleichgewicht nur bei straffer Lenkung wiedergewinnen. Bei den großen Opfern, die das Volk in seiner Gesamtheit zu tragen hat, läßt sich der ihm zugebilligte mittlere europäische Lebensstandard nur in einer sozialistischen Planwirtschaft erreichen. Die Trümmer des verbliebenen Zufallsbesitzes rechtfertigen nicht den Wiederaufbau eines Systems, das im Laufe der Zeit zwangsläufig zu neuen Krisen und Kriegen führen würde, sondern erfordern einen Neubau, der vom Geiste sozialistischer Verantwortung getragen wird. Dieser Neubau muß sich auf der Grundlage einer weitgehenden Vergesellschaftung der Grund- und Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen, des Verkehrs und der Energieversorgung sowie bestimmter Versorgungsindustrien des Massenkonsums vollziehen.

B. Demokratie als Voraussetzung und Ziel

Für die Sozialdemokratie ist jedoch der Sozialismus nicht allein eine wirtschaftliche Aufgabe. Ebenso notwendig wie die

Sicherung der materiellen Existenz des Volkes sind die Garantien für die politische und kulturelle Entfaltung jedes einzelnen im Rahmen der Gemeinschaft. Die Sozialdemokratie betrachtet die harmonische Verknüpfung der politischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit als eine entscheidende Aufgabe der Zeit. Sie bekämpft den Kapitalismus, um den demokratischen Idealen der Freiheit und Gerechtigkeit durch Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Abhängigkeiten ihren letzten Sinn zu geben. Dann aber darf die Planwirtschaft nicht zu einer Herrschaft des Apparates über den Menschen führen. Für die Sozialdemokratie ist die Demokratie keine Frage der Taktik, sondern ein unveräußerlicher Bestandteil ihrer Weltanschauung. Demokratie beruht auf dem gleichen Recht aller, an der Gestaltung des Staatsganzen mitzuwirken, damit aber auch zugleich auf der politischen Urteilsfähigkeit des einzelnen Staatsbürgers und auf seinem Recht zu freier Meinungsäußerung. Meinungen können sich aber nur bilden, im gleichberechtigten Wettbewerb verschiedener Anschauungen und Überzeugungen. Die Herrschaft der Mehrheit darf niemals zur Vergewaltigung der Minderheit führen. Das Einparteiensystem ist deshalb mit Demokratie unvereinbar. Da die Freiheit gleichzeitig höchste Verantwortung bedeutet, kann die Demokratie nur dann zu einer wirksamen politischen Realität werden, wenn durch freie Wahlen jeweils die Fähigsten zur verantwortlichen Leitung berufen werden. Der Sozialismus würde seinen Sinn verlieren, wenn er nicht die menschlichen Freiheiten zu größerer Entfaltung brächte als der Kapitalismus, und wenn nicht die Demokratie, verkörpert durch die politischen Parteien, die ständige Kontrolle der Wirtschafts- und Regierungsgewalt übernähme.

Von diesen Grundsätzen geleitet, erhebt die Sozialdemokratie folgende Gegenwartsforderungen:

1. Überwindung der inneren Grenzen — Festlegung der äußeren Grenzen

Der sofortige Abbau der Zonengrenzen und die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit des gesamten deutschen Gebietes sind die erste Voraussetzung, um innerhalb der verengten Grenzen eine sinnvolle Wirtschaftsplanung und einen sozialistischen Aufbau durchführen zu können. Dabei ist die deutsche Wirtschaft der Aufgabe, ein 70-Millionen-Volk innerhalb dieser Grenzen zu versorgen, nur gewachsen, wenn sie weder im Westen ihrer besten Industriereviere, noch im Osten ihrer wertvollsten Kornkammern beraubt wird.

2. Für zentrale Selbstverwaltung

Nur wenn dem deutschen Volk die Verantwortung für sein eigenes Geschick zurückgegeben wird, kann es seine demokratische Gesinnung beweisen, und nur eine einheitliche Leitung Deutschlands wird die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben meistern, die der Wiederaufbau stellt. Die Sozialdemokratie fordert daher die Errichtung einer zentralen Selbstverwaltung. Verantwortungsbewußtsein und Demokratie müssen den Besatzungsmächten dafür bürgen, daß sie sich auf eine Kontrolle beschränken können.

3. Für Aufstellung eines deutschen Wirtschaftsplanes

Der Reparations- und Industrieplan der Alliierten gestattet dem deutschen Volk nicht den ihm zugebilligten mittleren europäischen Lebensstandard. Die Sozialdemokratie sieht deshalb eine der dringendsten Aufgaben in der Aufstellung eines Wirtschaftsplanes, der die materielle Existenz des deutschen Volkes sichert und dennoch Raum für die Reparationsverpflichtungen läßt. Der Neubau der deutschen Wirtschaft und ihre

Umstellung auf Friedensproduktion kann nur dann erfolgreich sein, wenn die zu leistenden Reparationen endgültig festgelegt werden. Die Sozialdemokratie bejaht vorbehaltlos die Pflicht zur Wiedergutmachung, aber sie wendet sich gegen die unaufhörlichen Demontagen und gleichzeitigen Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion.

4. Für eine Neugliederung Deutschlands

Die alte preußische Staatsmaschine hat sich überlebt. Die Sozialdemokratie fordert die Neugliederung Deutschlands in wirtschaftlich und politisch aufeinander abgestimmte mittelgroße Länder. Berlin muß bei entsprechender Abrundung des Stadtgebietes den Rang eines Landes erhalten. Die Länder dürfen sich nicht als Selbstzweck betrachten. Das Recht der deutschen Republik bricht Landesrecht auch hinsichtlich der Verfassung.

5. Sicherung der materiellen Existenz

Die Zerstörungen der Produktionskräfte und die Pflicht zur Wiedergutmachung bringen es mit sich, daß der Ertrag, den das deutsche Volk aus seiner Arbeit gewinnt, auf Jahre hinaus wesentlich kleiner sein wird als früher. Die Sozialdemokratie setzt sich daher für eine gerechte Verteilung der Arbeit und ihres Ertrages ein. Überhöhte Gehälter und Einkommen sind zu unterbinden. Durch planvolle Lenkung der Produktion und der Kapitalbildung muß das Gespenst der Arbeitslosigkeit gebannt werden.

6. Gegen Privatmonopole — für Bestleistungen der Betriebe

Die Sozialdemokratie hat von jeher aus politischen und ökonomischen Gründen privatkapitalistische Monopole auf allen Gebieten bekämpft. Es kommt entscheidend darauf an, für alle Gewerbezweige und in den Gewerbezweigen für alle Betriebe die Entwicklung zu einer optimalen, nicht maximalen Leistung zu fördern, um die gesamte Wirtschaft vor Krisen zu bewahren. Die Sozialdemokratie ist überzeugt, daß die kleinen und mittleren Betriebe in der Planwirtschaft eine größere Aufgabe zu erfüllen haben und eine sicherere Zukunft besitzen als in der privatkapitalistischen Konkurrenzwirtschaft. Dazu gehört freilich, daß die Betriebe durch genossenschaftlichen Zusammenschluß alle Möglichkeiten moderner Betriebsrationalisierung ausnutzen.

7. Gegen die Schwarzmärkte — für eine Geld- und Kreditreform

Die verantwortungslose Finanzierungspolitik des Hitlerregimes hat zu einer Aufblähung des Geldumlaufs geführt, der das Preisgefüge gefährdet und die Arbeitsmoral durch die Bildung schwarzer Märkte untergräbt. Die Sozialdemokratische Partei fordert daher eine durchgreifende Geldreform mit dem Ziele, den Geldumlauf schnellstens dem tatsächlichen Güterumlauf anzupassen. Daneben ist die einheitliche Behandlung der Guthaben und ein einheitlicher Bankenverkehr in allen Zonen dringend notwendig.

8. Gegen finanzielle Illusionspolitik — für einen gerechten Lastenausgleich

Die Sozialdemokratie fordert schnelle Lüftung des Vermögensschleiers, der heute noch die tatsächlichen Vermögensverhältnisse des deutschen Volkes verdeckt. Die finanziellen Lasten aus dem Hitlererbe müssen nach sozialen Gesichtspunkten und nach der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verteilt werden. Dabei ist eine umfassende Heranziehung der Kriegsgewinne,

Nazivermögen und Großvermögen eine ökonomische und moralische Notwendigkeit.

9. Für gesunde Bodenreform

Die Bodenreform ist in allen Besatzungszonen gleichmäßig in einer Weise durchzuführen, daß die politische Vormachtstellung der Großgrundbesitzer gebrochen wird und die Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge erweitert werden, ohne daß deshalb die Produktionsleistung der Landwirtschaft eine Minderung erfährt. Die Neubauern müssen sich zu Genossenschaften zusammenschließen, die eine allmähliche Umstellung auf Veredelungswirtschaft erleichtern und die Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen fördern. Für die Erhaltung einer ausreichenden Zahl von Muster- und Saatzuchtgütern ist Sorge zu tragen, ein planmäßiger Neuaufbau des Kreditwesens vorzunehmen.

10. Sorge für die Opfer des Krieges

Die Sozialdemokratie tritt mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß allen Opfern des Krieges und des Faschismus, den Flüchtlingen und Kriegsgefangenen so rasch wie möglich eine gesicherte Existenz und eine neue Heimat geschaffen wird. Die Erzeugnisse der Konsumgüter-Produktion haben vornehmlich ihrer Versorgung zu dienen.

11. Kampf den Kriegsverbrechern — für ein Säuberungsgesetz

So entschieden der Kampf gegen die Kriegsverbrecher und nationalsozialistischen Führer fortgesetzt werden muß, so notwendig ist es, den weniger Schuldigen, die den ehrlichen Willen zur Einfügung in die neue demokratische Ordnung bewiesen haben, den Weg zu ebnen. Zu diesem Zweck fordert die Sozialdemokratie ein Gesetz, das strenge, aber gerechte Richtlinien für eine Entnazifizierung enthält, den jungen Menschen eine großzügige Amnestie gewährt, aber genügend Vorsorge trifft, daß kein neues Konjunkturrittertum entstehen kann. Die nicht rehabilitierten Nationalsozialisten sind zu erhöhten Arbeits- und Steuerleistungen heranzuziehen.

12. Für Freiheit und Sicherheit der Menschen in der Wirtschaft

Die Sozialdemokratie sieht in einer einheitlichen, von politischen Parteien unabhängigen Gewerkschaftsbewegung die beste Sicherung für die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Freiheit und Sicherheit des Menschen in der Wirtschaft, auch in einer Planwirtschaft, zu verteidigen. Die Einheit der Gewerkschaften ist aber nur bei Freiheit der Meinung gewährleistet. Die Sozialdemokratie bekämpft jede Entwicklung zur Zwangsorganisation.

13. Für Ausbau der Sozialpolitik zugunsten der geschwächten Arbeitskraft

Angesichts der Gesundheitslage des deutschen Volkes ist eine umfassende, dem Schutz der Arbeitskraft und der sozialen Sicherheit dienende Sozialpolitik eine wesentliche Voraussetzung für den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die Sozialdemokratie fordert die Errichtung eines Zentralamtes für Arbeit und Sozialpolitik zur Wiederherstellung einheitlicher Normen, die besonders dem Schutze der Frauen, der Jugend und der Körperbehinderten dienen. Dazu muß ein Neubau und Ausbau der Sozialversicherung treten, der die Selbstverwaltung der Versicherten in weitestem Umfange sicherstellt.

14. Gegen Korruption — für sparsame Finanzwirtschaft

Die Sozialdemokratische Partei fordert sparsamsten und übersichtlichen Verwaltungsaufbau in den Gemeinden, gewissenhafte Finanzwirtschaft im Rahmen eines politisch durchdachten Haushaltsplanes, Kontrolle aller Einnahmen und Ausgaben durch ein unabhängiges Prüfungsamt und eine Personalverwaltung, in der objektive Leistung, berufliche Tüchtigkeit, Unbestechlichkeit und demokratische Zuverlässigkeit selbstverständlich sind.

15. Sozialistische Erziehungsforderungen

Sozialismus ist auch eine von stärksten ethischen Impulsen getragene Kulturforderung. Die sozialistische Gesellschaftsordnung setzt Menschen voraus, die bei aller Entwicklung der Persönlichkeitswerte sich doch stets ihrer Verantwortung der Gesamtheit gegenüber bewußt bleiben. Die Sozialdemokratie fordert daher, daß die Erziehung, die bisher einseitig auf Vermittlung von Fachwissen und Körperschulung abgestellt war, stärker die Entwicklung des Charakters und der politischen Urteilskraft pflegen soll.

16. Gegen Bildungsprivilegien — für Freiheit der Wissenschaft und Kunst

Die Sozialdemokratie fordert, daß jedem die Möglichkeit eines Aufstieges zu der seiner Begabung gemäßen höchsten Stufe der Ausbildung geboten wird. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und wirtschaftliche Beihilfen müssen jedes Bildungsprivileg beseitigen. Wissenschaft und Kunst haben Anspruch auf staatlichen Schutz und Förderung, dürfen aber nicht zu diktatorischer Propaganda mißbraucht werden. Bei Film und Funk als den wichtigsten Mitteln der Meinungsbeeinflussung

dürfen ausschließlich künstlerische und volkserzieherische Gesichtspunkte die Leistungen bestimmen.

17. Für Freiheit der Religionsausübung

Die Sozialdemokratie fordert für jeden Staatsbürger Anspruch auf Glaubensfreiheit und unbehinderte Religionsausübung. Doch darf der Staat keiner Religionsgemeinschaft durch die Gewährung von Zuschüssen und Privilegien eine Vorrangstellung einräumen. Jede Kirche ordnet unabhängig vom Staat ihre Angelegenheiten, auch in finanzieller Hinsicht, selbst.

18. Unabhängige Rechtspflege — für einen neuen Beamtentyp

Die Sozialdemokratie fordert auf der Grundlage einer vom demokratischen und sozialen Geist erfüllten Gesetzgebung ein einheitliches Verwaltungsrecht und eine unabhängige, volkstümliche Rechtspflege. Für die demokratische Verwaltung ist ein neuer Beamtentyp heranzubilden. Neben den Fachbeamten müssen befähigte Arbeiter und Angestellte sowie Männer aus der Praxis des Lebens treten, die über organisatorisches Können und politisches Urteil verfügen und von dem Grundsatz geleitet werden, daß sie für die Allgemeinheit da sind und nicht umgekehrt. Um sie für ihre Aufgaben zu schulen, fordert die Sozialdemokratie besondere Verwaltungshochschulen.

19. Sicherung der Menschenrechte

Die dreifache Freiheit von Zwang, Not und Furcht ist eine wesentliche Grundlage des demokratischen Sozialismus. Zur Entwicklung eines demokratischen Lebens fordert die Sozialdemokratie sofortige Wiederherstellung der Grundrechte, insbesondere Sicherung der Meinungsfreiheit und der persönlichen

Freiheit. Aber genau so wie der einzelne durch die Menschenrechte geschützt wird, müssen auch die Menschenrechte gegen die Bestrebungen in Schutz genommen werden, die mit den Mitteln der Demokratie die Demokratie selbst zu beseitigen suchen.

20. Gegen Nationalismus — für die Verständigung der Völker

Die Sozialdemokratie hat von jeher in dem Begriff der Nation eine Kultur-, Sprach- und Lebensgemeinschaft gesehen. Sie verurteilt jeden Mißbrauch dieses Begriffes zu nationalistischen und imperialistischen Zwecken. Alle Probleme der Politik, der Wirtschaft und Gesellschaft erfordern heute, wenn sie von Dauer sein sollen, internationale Lösungen. Die Sozialdemokratie erneuert in diesem Augenblick ihr Bekenntnis zu dem großen Gedanken des internationalen Sozialismus, zur Verständigung der Völker und zum Frieden der Welt.

Anschriften

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Groß-Berlin
Berlin W 35, Zietenstr. 18 Tel. 24 93 11-14

Kreis:		Anschrift:	Telefon:
1	Mitte	Berlin N, Fehrbelliner Str. 24	42 25 17
2	Tiergarten	Berlin NW, Stromstr. 53	39 31 81
		Berlin W 35, Potsdamer Str. 96	91 10 88
3	Wedding	Berlin N 65, Amsterdamer Str. 13	46 17 90
4	Prenzlauer Berg	Berlin N 58, Pappelallee 1	42 81 13
			42 65 01
5	Friedrichshain	Berlin O 112, Gabriel-Max-Str. 18 (vorläufig)	55 01 39
6	Kreuzberg	Berlin SW 68, Oranienstr. 42	66 21 88
7	Charlottenburg	Charlottenburg, Berliner Str. 60	32 24 38
8	Spandau	Spandau, Carl-Schurz-Str. 18	37 61 12
9	Wilmersdorf	Wilmersdorf, Nassauische Str. 49	87 23 78
10	Zehlendorf	Zehlendorf, Teltower Damm 19	84 69 38
11	Schöneberg	Schöneberg, Hauptstr. 146	71 22 85
12	Steglitz	Steglitz, Schloßstr. 17	72 13 90
13	Tempelhof	Tempelhof, Berliner Str. 76	73 25 60
14	Neukölln	Neukölln, Karl-Marx-Str. 117	62 21 59
15	Treptow	Baumschulenweg, Köp. Landstr. 256	63 41 34
16	Köpenick	Köpenick, Freiheit 12 b	64 76 82
17	Lichtenberg	Lichtenberg, Parkade 9	55 42 15
18	Weißensee	Weißensee, Caseler Str. 2	56 29 87
[illegible]	[illegible]	Pankow, Wisbyer Str. 44	48 78 30
[illegible]	[illegible]	[illegible]tenau, Oranienburger Str. 173/75	49 68 85

[illegible]en
[illegible]lin W 30, Kurfürstenstr. 57 91 20 11/13

[illegible]kraten (Tag) 91 20 11/15
[illegible]rlin W 30, Kurfürstenstr. 57 (Nacht) 87 01 21, App. 29

[illegible] „Das Sozialistische Jahrhundert"
Berlin W 35, Zietenstr. 18 24 93 11/14

Der Sozialdemokrat

Berliner Zeitung

der Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands

Eine Zeitung!